

Antworten von Andreas Danne, DIE LINKE (Wahlkreis Rhein-Sieg-Kreis II) auf Fragen zum deutschen Rüstungsexport

Frage: Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür einsetzen, dass der Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern grundsätzlich verboten wird und dass dieses Verbot in Art. 26 Abs. 2 GG festgeschrieben wird? Wenn ja, wie werden Sie sich dafür einsetzen? Wenn nein, warum nicht?

Wenn Sie im Falle Ihrer Wahl kein grundsätzliches Rüstungsexportverbot betreiben und erreichen wollen, welche der folgenden Forderungen werden Sie unterstützen? Und welche warum nicht?

1. Keine Rüstungsexporte in die Menschenrechte verletzende Staaten: In den vergangenen Jahren haben zahlreiche Empfängerländer deutscher Kriegswaffen und Rüstungsgüter schwere Menschenrechtsverletzungen verübt.

Frage: Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl für ein rechtsverbindliches Verbot von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern einsetzen, wenn ein begründeter Verdacht besteht, dass diese Produkte voraussichtlich in bewaffneten internen Auseinandersetzungen, zur Repression oder zu fortdauernden und systematischen Menschenrechtsverletzungen verwendet werden?

2. Keine Rüstungsexporte an Krieg führende Staaten: Zahlreiche Empfängerländer deutscher Kriegswaffen sind in Krieg oder Bürgerkrieg verwickelt; des ungeachtet stimmt die Bundesregierung Waffenexporten an Krieg führende Staaten zu.

Frage: Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür ein, dass die Lieferung von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern rechtsverbindlich verboten wird, wenn die fraglichen Ziel-Länder in bewaffnete Auseinandersetzungen verwickelt sind oder verwickelt zu werden drohen oder wenn bestehende Spannungen und Konflikt durch den Waffenimport ausgelöst, aufrecht erhalten oder verschärft werden könnten?

3. Kein Export von Kleinwaffen: Dramatisch hoch sind die Opferzahlen durch den Einsatz von sogenannten Kleinwaffen wie Pistolen und Maschinenpistolen oder Maschinen- und Sturmgewehren. Kaum ein Konflikt weltweit, in dem nicht deutsche Kleinwaffen eine fatale Rolle spielen.

Frage: Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl für ein vollständiges Exportverbot von Kleinwaffen aus Deutschland einsetzen?

5. Keine Staatliche Absicherung von Rüstungsexportgeschäften: Mit Hermes-Bürgschaften sichert der deutsche Staat Rüstungsexportgeschäfte in Milliardenhöhe auf Kosten der Steuerzahler und -zahlerinnen ab.

Frage: Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl für ein Verbot von Hermes-Bürgschaften beim Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern einsetzen?

6. Mehr Transparenz und parlamentarische Kontrolle beim Waffenhandel: Die deutschen Rüstungsexportgeschäfte sind in höchstem Maße intransparent. So werden etwa brisante Exportgenehmigungen vom Bundessicherheitsrat in geheimer Sitzung entschieden, unzureichende Exportberichte in der Regel erst gegen Ende des Folgejahres publiziert.

Frage: Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl für eine obligatorische zeitnahe Informierung der Abgeordneten einsetzen, für ein Vetorecht des Deutschen Bundestags und für transparente, quartalsweise - wie bspw. in England - zu veröffentlichende Rüstungsexportberichte?

Antwort: Ich danke Ihnen für Ihr Interesse bzgl. meiner Position zu Rüstungsexporten. DIE LINKE und somit ich als Kandidat vor Ort stehen für ein ausnahmsloses Rüstungsexportverbot sowie ein Verbot der Rüstungsproduktion. Dies wurde auf dem Parteitag in Dresden im Juni dieses Jahres erneut unterstrichen:

"(...) ein Verbot von Rüstungsproduktion und Rüstungsexporten, das wären wichtige erste Schritte auf diesem Weg. Wir wollen die Rüstungsindustrie auf zivile Produktion umbauen, so dass die Arbeit der Beschäftigten nicht im Dienst von Krieg und Zerstörung steht. Statt Milliarden für Rüstung und Militär auszugeben, solle alternative Energien, der öffentliche Verkehr mit neuen Verkehrssystemen und die öffentliche Daseinsvorsorge ausgebaut werden."

Eine Beantwortung der Detailfragen erübrigt sich angesichts der umfassenden Position. Nur soviel: Die in den Fragen thematisierten Ausnahmen (Menschenrechte etc.) sind faktisch wirkungslos, da es immer wieder zu interessen gebundenen Interpretationen führt. Nur ein absolutes Verbot von Export kann dem Mißbrauch einen Riegel vorschieben.